

AUSGABE VOM 21. OKTOBER 2022

Bahnsabotage: Keine Regierungsauskunft zu Ermittlungsspannen

Der CDU-Bundestagabgeordnete Michael Breilmann erhält von der Bundesregierung keine Auskunft über mögliche Ermittlungsspannen im Zusammenhang mit den Sabotageakten auf Bahninfrastruktur am 8. Oktober in Berlin und Herne. In Medien wurde berichtet, dass Bahnmitarbeiter am Tatort vor dem Eintreffen der Polizei womöglich wichtige Spuren zerstört hätten. „Der Sachverhalt sei Gegenstand eines laufenden Ermittlungsverfahrens beim Generalbundesanwalt“, teilte am Freitag BMI-Staatssekretärin Schwarzlühr Sutter dem Abgeordneten auf seine diesbezügliche Schriftliche Frage hin mit. Eine Auskunft könne den Untersuchungszweck des laufenden Verfahrens gefährden und müsse zum Schutz der Ermittlungen unterbleiben. „Unbefriedigend! Ich bleibe weiter an der Sache dran“, so der CDU-Innenexperte.

Energiekrise: „Die Menschen brauchen eine klare Perspektive“

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Bundesregierung schwere Versäumnisse bei der Unterstützung von Bürgern und Unternehmen in der Energiekrise vorgeworfen. Acht Monate nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine lägen immer noch keine konkreten Vorschläge zur Entlastung auf dem Tisch, sagte Merz in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Kanzlers am Donnerstag im Bundestag. „Winterreifen muss man im Oktober aufziehen und nicht erst im Frühjahr nächsten Jahres. Jetzt brauchen die Menschen und Unternehmen in Deutschland eine klare Perspektive“, betonte der Fraktionsvorsitzende. Die von der Regierung beauftragte Gaskommission hatte vor zwei Wochen Empfehlungen zur Dämpfung des Preisanstiegs vorgelegt – mit einer Einmalzahlung an die Verbraucher als Entschädigung für die gestiegenen Gaspreise im Dezember und einer Gaspreisbremse ab März oder April 2023. Kanzler Scholz habe seitdem keinen einzigen Vorschlag vorgelegt, welche Schlussfolgerungen er aus den Empfehlungen ziehe, bemängelte Merz. Es bleibe auch völlig offen, wie diejenigen privaten Haushalte entlastet werden sollen, die noch mit Öl heizen oder sich gerade erst eine Pelletheizung zugelegt haben. Diese Fragen müssten auf nationaler Ebene beantwortet werden und nicht in Brüssel, sagte Merz. Damit verwies er auf den EU-Gipfel, auf den sich der Kanzler in seiner Regierungserklärung bezogen hatte. Von Brüssel verlangte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende ein Belastungsmoratorium für Unternehmen.

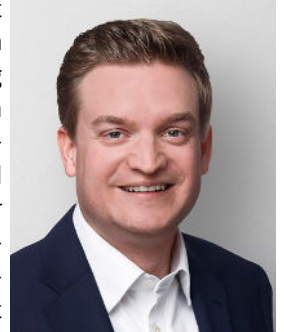


„Noch immer keine konkreten Entlastungsvorschläge auf dem Tisch“: Friedrich Merz reagiert auf die Regierungserklärung von Kanzler Olaf Scholz und kritisiert die Versäumnisse der Regierung in der Energiekrise. (Foto: CDU/CSU)

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann sieht das 200 Milliarden Euro-Entlastungspaket, das Scholz zur Entlastung für Bürger und Unternehmen ins Schaufenster gestellt hat, mit vielen Fragezeichen: „Solange für diese Summe das konkrete Entlastungskonzept fehlt, kann man nicht guten Gewissens einen Blankoscheck ausstellen. Wir legen Wert auf eine seriöse Reihenfolge: Erst wollen wir die Vorschläge sehen, dann über die Finanzierung reden – und nicht umgekehrt. Zudem brauchen wir mehr Tempo: Ministerpräsident Hendrik Wüst fordert zu Recht, die Gaspreisbremse auf Januar vorzuziehen. Die Menschen brauchen eine klare Perspektive!“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

wer geglaubt hat, dass nach dem Anschlag auf die Bahn in Berlin und Herne die Ampel den Schutz der kritischen Infrastruktur vorantreibt, der reibt sich verwundert



die Augen: das Festhalten des Kanzleramtes, entgegen des Rats von sechs beteiligten Ministerien und zwei deutschen Geheimdiensten, an einem chinesischen Einstieg bei einem Containerterminal im Hamburger Hafen ist nicht nachvollziehbar. Was muss passieren, damit diese Regierung in der Realität ankommt? Ein Verkauf von kritischer Infrastruktur ausgerechnet an China wäre ein riesiger Fehler! Man fragt sich, was „Wumms“-Kanzler Scholz, der neuerdings Hellsichtigkeit beansprucht, da er Russlands Erpressermaßnahmen im Energiesektor nach eigenen Worten lange vorausahnte, eigentlich reitet? Ein Kanzler, der kritische Infrastruktur an Peking verkaufen will, ein Kanzleramtschef, der dringend benötigte Panzerlieferungen an die Ukraine mit Wunderwaffen der Nazis vergleicht – Szenen wie aus einer Realsatire. Weniger „Wumms“, mehr Gehirnschmalz ist gefragt: Wie kann kritische Infrastruktur auch in der Region besser geschützt werden? Dafür hole ich mir kompetenten Rat: einer der profiliertesten Innenpolitiker der Republik, der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein wird am 4. November in Waltrop die Lage analysieren. Alle Interessierten sind [herzlich eingeladen!](#)

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Migrationspolitik: Ampel will ein Amnestiegesetz

Im Koalitionsvertrag hat die Ampel einen „Paradigmenwechsel“ in der Migrationspolitik angekündigt. Mit der 1. Lesung des Gesetzentwurfs zum „Chancen-Aufenthaltsrecht“ am Mittwoch beginnt die Umsetzung. Das einjährige Chancen-Aufenthaltsrecht sollen Menschen erhalten, die am 1.1.2022 seit fünf Jahren geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland gelebt haben. „Klarer Etikettenschwindel der Ampel: Es ist ein Amnestiegesetz! Die geplanten Regelungen entwerfen das Asylverfahren und machen den Spurwechsel zum Regelfall“, kritisiert CDU-MdB Michael Breilmann: „Wir brauchen ein klares Stopp-Signal gegen irreguläre Migration. Stattdessen setzt die Ampel-Regierung den Sonderweg fort: Egal ob ein Asylgrund besteht oder jemand berufliche Qualifikationen hat – am Ende darf jeder in Deutschland bleiben. Ein fatales Signal an alle redlichen Migranten: Ehrlich sein lohnt sich nicht. Wir sind großzügig gegenüber Schutzbedürftigen und fördern qualifizierte Migration. Wer aber keinen Schutzgrund hat und ausreisepflichtig ist, muss unser Land verlassen. Die Ampel hat sich von diesem Konsens leider verabschiedet.“

Extremismus: Breilmann befragt Bundesregierung



Im Anschluss an die Regierungsbefragung folgt am Mittwoch einer Sitzungswoche traditionell eine Fragestunde. Getrennt nach Ressorts beantworten Vertreter der Bundesregierung eine Stunde lang Fragen, die von den Abgeordneten vorab schriftlich eingereicht werden. Jeder Abgeordnete kann vorab bis zu zwei Fragen an die Bundesregierung stellen. Nach der regelmäßig durch einen Staatssekretär oder einen Bundesminister erfolgenden Beantwortung können die Fragesteller, aber auch andere Abgeordnete Zusatzfragen stellen und so die Regierung zu weiteren Stellungnahmen zwingen. Reicht die Zeit nicht aus, werden noch nicht aufgerufene Fragen von der Regierung schriftlich beantwortet. CDU-MdB Michael Breilmann [befragte](#) BMI-Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) u.a. zur Antisemitismusstrategie und Extremismusbekämpfung. (Bild: privat)

Raumordnung: Ampel-Gesetzentwurf überzeugt nicht



Auf Einladung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik Dr. André Berghegger (re.) diskutierte Bernd Düsterdiek, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (Mitte) sowie MdB Michael Breilmann, zuständiger Unions-Berichterstatler im Bauausschuss, am Dienstag mit den AG-Mitgliedern den vom Bundeskabinett vorgelegten Entwurf für eine Reform des Raumordnungsgesetzes. Breilmann ordnete die Bemühungen zur Planungsbeschleunigung und die Auswirkungen auf die kommunale Planungshoheit ein und bewertete, welche Maßnahmen das Potenzial zur Beschleunigung von Planungsverfahren haben. Sein ernüchterndes Fazit: „Note mangelhaft: Gut gemeint ist nicht gut gemacht“. Man dränge auf deutliche Nachbesserungen, so Breilmann. (Bild: Privat)

Kanzler-Basta bei AKW löst nicht das Stromproblem

Mit Unverständnis hat die Unionsfraktion auf das Kanzler-Machtwort zur minimalen Laufzeitverlängerung der drei noch laufenden Kernkraftwerke reagiert. Die CDU/CSU-Abgeordneten zeigten sich erstaunt, dass Kanzler Scholz auf das Instrument der Richtlinienkompetenz zurückgreifen musste, um den Koalitionszoff über die Laufzeitverlängerung zu beenden. Nun habe dieser nicht mehr viele Pfeile im Köcher. „Niedersachsenwahl und Parteitag der Grünen abwarten, dann ein halbherziges Machtwort: So geht Inszenierung - nicht zum Wohl, sondern zulasten des Landes. Das löst den Konflikt in der Ampel, aber nicht das Versorgungsproblem in Deutschland“, moniert der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann am Rande der Berliner Sitzungswoche. Statt der dreieinhalb Monate brauche es eine wirkliche Laufzeitverlängerung bis Ende 2024 sowie neue Brennstäbe, damit die AKW auch bis dahin Strom liefern könnten. „Das halbgezeigte Scholz-Basta gefährdet die Energiesicherheit in Deutschland“, kritisiert MdB Breilmann.

Impressum:

Ausgabe Nr. 17 der 20. Wahlperiode

21. Oktober 2022

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler